

BSBD Gewerkschaftstag 2013 in Butzbach Rede der Landesvorsitzenden Birgit Kannegießer



Sehr geehrte Damen und Herren,

sehr verehrte Gäste aus Politik, Justizvollzug und Gewerkschaft,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

als Landesvorsitzende eröffne ich den 56. Gewerkschaftstag des Bunds der Strafvollzugsbediensteten Hessen; es ist mindestens das 35. Mal, dass wir diesen hier in Butzbach ausrichten. Ein guter und sehr bewährter Tagungsort in der Mitte Hessens! Und wir hoffen alle auf Ihr herzliches Willkommen, Herr Bürgermeister Merle – insbesondere auf ein gnädiges Vorgehen bezüglich unseres – wenngleich alternativlosen - Parkverhaltens. Ganz ausdrücklich bedanken wir uns für Ihr konstruktives Vorgehen im vergangenen Jahr, die verhängten Tickets wurden uns erlassen. Vielen Dank dafür!

Aus dem Justizministerium habe ich den Hinweis erhalten, dass Sie heute Ihren 47. Geburtstag feiern. Der BSBD Hessen gratuliert Ihnen, Herr Merle auf das Allerherzlichste, wir wünschen Ihnen alles erdenklich Gute fürs neue Lebensjahr!

Sehr verehrte Ehrengäste aus der Politik: letztes Jahr um diese Zeit wussten wir noch nicht, dass wir dieses Jahr um diese Zeit schon gewählt haben würden. Und der Wähler hat sich schon wieder typisch hessisch erklärt: wird es also schwarz-rot, schwarz-grün, rot-rot-grün oder rot-gelb-grün? Oder werden wir erst einmal geschäftsführend regiert?

Für den BSBD Hessen ist das Wahljahr allerdings noch nicht zu Ende. Wir haben in diesem Jahr einen Wahlgewerkschaftstag, die vier Jahre, die eine Wahlperiode bei uns dauert, sind um. Heute Nachmittag werden wir einen neuen Landesvorstand wählen. Kollegen werden aus dem Vorstand

ausscheiden, neue werden gewählt werden, einige werden wieder kandidieren. Ich hoffe jedenfalls und ich bin guten Mutes, dass zumindest wir es schaffen werden, klare Aufträge und Mandate zu erteilen ...

... wie auch immer die nächste Landesregierung sich zusammensetzen wird und wann immer sie ihre Regierungsgeschäfte aufnehmen wird. Neugierig darauf sind wir hier im Saal wohl alle.

Da die 18. Wahlperiode jedoch bis zum 17. Januar 2014 dauert, freue ich mich, auch in diesem Jahr wieder bewährte und dem Vollzug sehr verbundene Gäste aus der Politik begrüßen zu dürfen.

Herr Staatsminister Jörg-Uwe Hahn hat sein Kommen für ca. 11.15 Uhr angesagt, da er erst beim Deutschen Richterbund spricht, der auch heute - aber in Frankfurt tagt. Zwar versäumt er nun die hiesige Eröffnungsrede, aber keine Sorge, wir werden sie Staatsminister Hahn mit auf seinen Weg geben.

Aus dem hessischen Landtag begrüße ich

den vollzugspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion und stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses Justizvollzug, Herrn Landtagsabgeordneten Alfons Gerling.

Herr Gerling, es sind wohl nicht ganz 20 BSBD-Gewerkschaftstage, an denen Sie als vollzugspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im hessischen Landtag und etliche Jahre darüber hinaus als Vorsitzender des Unterausschusses Justizvollzug hier in Butzbach dabei waren. Eigentlich haben wir den Eindruck, sie gehören hier schon zum Inventar. Es wird allerdings heute Ihr letzter Gewerkschaftstag sein, denn Sie scheiden zum Ende dieser Wahlperiode aus dem Hessischen Landtag aus. Im Namen des BSBD Hessen möchte ich mich bei Ihnen ganz ausdrücklich bedanken für Ihren Einsatz und ihre Initiativen für den hessischen Justizvollzug. Sie haben unser Tun und Handeln stets mit großem Interesse verfolgt und unsere Gewerkschaftsarbeit stets unterstützt, etliche gesetzliche Regelungen haben Sie für uns auf den Weg gebracht. Wer immer Ihre Nachfolge aus Ihrer Fraktion antreten wird. Er wird viel zu tun bekommen. Vielen Dank für alles, was Sie für die hessischen Vollzugsbediensteten bewegt haben!



Von der SPD begrüße ich die rechtspolitische Sprecherin ihrer Fraktion, Frau Landtagsabgeordnete Heike Hoffmann.

Von der FDP begrüße ich den neuen vollzugspolitischen Sprecher, Herrn Landtagsabgeordneten Hans-Christian Mick.

Von Bündnis 90/Die Grünen, den rechtspolitischen Sprecher der Fraktion, Herrn Landtagsabgeordneten Daniel May;

Von der Linken schließlich begrüße ich die vollzugspolitische Sprecherin Frau Landtagsabgeordnete Mariana Schott.

Ich begrüße in diesem Rahmen den ehemaligen Vorsitzenden des Unterausschusses Justizvollzug, Herrn Landtagsabgeordneten a.D. Dietrich Meister, gleichfalls Mitglied des Ältestenrats des BSBD Hessen.

Über viele Jahre haben wir an dieser Stelle den Landesvorsitzenden unseres Dachverbands, des Deutschen Beamtenbundes Hessen, den Kollegen Walter Spieß begrüßt. Walter Spieß hat nach 24 Jahren als Landesvorsitzender beim DBB-Gewerkschaftstag in Fulda Ende August nicht wieder kandidiert. Für seinen wohlstverdieneten Ruhestand wünschen wir ihm von ganzem Herzen alles erdenklich Gute.

Es mir eine besondere Freude, heute die neue DBB-Landesvorsitzende, Kollegin Ute Wiegand-Fleischhacker begrüßen zu dürfen. Liebe Ute, der BSBD Hessen ist eine sehr leidenschaftliche Fachgewerkschaft. Wir setzen weiterhin auf gute und konstruktive Zusammenarbeit mit dem DBB Hessen in Sachen Dienstrecht, Besoldung, Versorgung und alles, was unser Dienstverhältnis bestimmt. Wir freuen uns sehr, dass Du heute bei unserem Gewerkschaftstag dabei bist und ein Grußwort sprechen wirst.



Ehrengäste des BSBD-Hessen

Von der BSBD-Bundesleitung begrüßen wir ganz herzlich den stellvertretenden Bundesvorsitzenden, unseren Kollegen Burghard Neumann aus der JVA Brandenburg. Schön, dass Du heute nach Hessen gekommen bist. Als Fachgewerkschaft für den Strafvollzug ist der BSBD in seiner Organisation seit der Föderalismusentscheidung 2006 in doppelter Hinsicht herausgefordert. Beide Themenfelder des BSBD, das Vollzugs- und das Dienstrecht sind seitdem Ländersache, so dass sich durch die Aufgabenverschiebung zwischen Bundesverband und Landesverbänden jetzt ganz neue Verantwortlichkeiten ergeben. Wir Hessen setzen auf gegenseitige Unterstützung, auf Austausch und ein Füreinander eintreten. Wir brauchen die Bundesebene, damit wir Landesverbände uns wiederum gut vernetzen und ergänzen. In diesem Sinne: herzlich willkommen an Dich, lieber Burkhard.

Es ist wahrhaftig eine Zeit des Wechsels und Wandels. Ich freue mich heute ganz besonders, aus dem Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

die neue Abteilungsleiterin der Abteilung Justizvollzug, Frau Ministerialdirigentin Ruth Schröder begrüßen zu dürfen.

Wenn Neue kommen, hören wir nur ach zu häufig die bekannten Standardfloskeln:

„Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben“ oder

„Neue Besen kehren gut“.

Liebe Frau Schröder, ich formuliere es anders:

„es weht ein anderer, ein neuer Wind durch die Flure unserer Fachabteilung Justizvollzug“ und das ist bereits jetzt deutlich spürbar. Sie fragen und sie hinterfragen, sie versuchen zu ergründen, und das in einer Weise, die einschließt und nicht ausgrenzt. In unserem Gespräch zwischen BSBD-Landesvorstand und Abteilungsspitze Anfang Oktober stellten Sie fest: wir brauchen Verlässlichkeit in den Dienstplänen.

Frau Schröder, wir freuen uns auf einen offenen Dialog mit Ihnen, der auf die Menschen im Vollzug und auf die Ziele des Vollzugs ausgerichtet ist. Gut Ding braucht jedoch Weile, braucht Kraft, Geduld und Durchhaltevermögen...

Herzlich Willkommen im hessischen Justizvollzug!

Ich begrüße darüber hinaus den neuen stellvertretenden Abteilungsleiter, Herrn Leitenden Ministerialrat Stefan Kunze. Auch Ihnen, Herr Kunze, in ihrer neuen Verantwortung alles erdenklich Gute.

Und selbstverständlich freue ich mich sehr, und jetzt wechseln wir wieder auf die Seite der Konstanten, den

Koordinierenden Referatsleiter IV/A, Herrn Leitenden Ministerialrat Manfred Kräuter hier begrüßen zu dürfen. Was uns verbindet, ist das engagierte Ringen um die Kollegenschaft. Auch wenn wir in den Methoden und in der Herangehensweise doch – naja – eher unterschiedlich vorgehen, freue ich mich immer wieder, wenn wir dann einen herzlichen Kompromiss erzielen. Dafür, lieber Manfred, mein ausdrücklicher Dank an Dich.

Ich begrüße alle Anstaltsleiterinnen und Anstaltsleiter, alle Stellvertreterinnen und Stellvertreter, die ehemaligen Anstaltsleiter, die jetzt im wohlverdienten Ruhestand weilen, und weiter regelmäßig an unserem Gewerkschaftstag teilnehmen. Und ich begrüße schließlich die VCC- und MCC-Leiter, Ihnen allen ein herzliches Willkommen.

Ganz, ganz herzlich begrüße ich die Delegierten dieses Gewerkschaftstages, die Ortsverbandsvorsitzenden und die Fachgruppenvertreterinnen und -vertreter, ich begrüße die

Mitglieder des Landesvorstands und alle Kolleginnen und Kollegen, die darüber hinaus als Gastdelegierte mitgekommen sind, Ihr seid und ihr bleibt die Basis unserer Gewerkschaft, die Basis für eine gute und gelingende Gewerkschaftsarbeit. Ohne Euch geht nichts!

Totenehrung:

Bevor wir nun den Gewerkschaftstag beginnen, bitte ich Sie, sich von ihren Plätzen zu erheben und mit mir der Verstorbenen unserer Gewerkschaft des vergangenen Jahres zu gedenken:

Seit dem letzten Gewerkschaftstag im November 2012 sind folgende Kolleginnen und Kollegen des BSBD Hessen verstorben:

Volkmar Dorhoefer	Ortsverband Butzbach
Manfred Weiß	Ortsverband Butzbach
Günter Karpf	Ortsverband Butzbach
Georg Karl May	Ortsverband Frankfurt I
Erich Wimmel	Ortsverband Kassel I
Herbert Benischke	Ortsverband Kassel II
Michael Seeger	Ortsverband Rockenberg
Volker Menke	Ortsverband Schwalmstadt
Werner Melchner	Ortsverband Wiesbaden
Hans Westermann	Ortsverband Wiesbaden
Rainer Proschke	Ortsverband H.B.Wagnitz-Seminar

Wir werden all unseren verstorbenen Kolleginnen und Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren.

Vielen Dank.

Tja, werte Gäste,

liebe Kolleginnen und Kollegen:

2013 ist ein Jahr der Wahlen –

der BSBD Hessen wählt heute einen neuen Landesvorstand und er wählt neue Fachgruppenvertretungen!

Die 4 Jahre unserer Legislaturperiode sind rum!

4 Jahre haben wir zusammengearbeitet:

Franz-Josef Pfeifer für die Tarifangelegenheiten

Hermann Beinroth für den Rechtsschutz

Helmut Keil für den allgemeinen Vollzugsdienst

Günter Kowalski als Landesgeschäftsführer

Friedhelm Förster für die Kasse des Landesverbands

Unser Ehrenvorsitzender **Heinz-Dieter Hessler**, der die Schriftleitung Vollzugsdienst für uns erledigt, und ich – als Landesvorsitzende.

Stürmische, bewegte und bewegende Zeiten waren das. 7 von 9 Sitzen haben wir im HPR seit Mai 2012, das war unser größter Erfolg und es war das größte Kompliment, das wir erhalten konnten von unseren Wählerinnen und Wählern. Darauf sind wir als Landesvorstand besonders stolz.

Der BSBD Hessen ist da! Er steht an der Seite der Kolleginnen und Kollegen, und spricht an, was anzusprechen ist. Die Kolleginnen und Kollegen fühlen sich von uns vertreten, sie wissen, da ist eine Gewerkschaft, die ihre Themen aufgreift, die ihre Situation und ihre Probleme aufnimmt und die Stellung bezieht. Nicht um der Scharmützelei wegen, sondern wegen der Menschen, wegen der Kolleginnen und Kollegen, für die wir als Bund der Strafvollzugsbediensteten Hessen eintreten.

Es geht uns um die Arbeitsplatzsituation im Vollzug. Der hessische Justizvollzug hat nur Zukunft, wenn wir alle zusammenarbeiten und zusammenwirken.

Wir wollen und wir können nicht zuschauen, wie unsere Arbeitsplätze zur Tummelwiese werden für Zahlenakrobaten, für Finanzjongleure, für Berater - und schließlich für die, die sich dafür halten.

Wir können nicht zuschauen, wie sich Konfliktunfähigkeit breitmacht, wie Gespräche an die Wand gesetzt werden, wie aus Angst schließlich Schweigen wird. Sich abwenden hilft nicht, zurückweisen auch nicht, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Anstaltsleiter und liebe Kollegen der Fachabteilung IV, sehr geehrte Frau Schröder.

Als BSBD Hessen haben wir in den vergangenen 4 Jahren viel gestemmt und viel bewegt; ob über klassische Gewerkschaftsarbeit oder über unsere Sitze im HPR: wir kämpfen und wir vertreten für unsere Kolleginnen und Kollegen und das mit aller Leidenschaft und mit allem gebotenen Verantwortungsbewusstsein. Wir freuen uns, dass der Dialog zwischen Fachabteilung Justizvollzug

und Hauptpersonalrat konstruktiv funktioniert. Der HPR wird schon in den Vorverfahren einbezogen, erhält Gelegenheit zur Stellungnahme, um schließlich im Rahmen der gesetzlich normierten Beteiligungsverfahren zu einem einvernehmlichen Ergebnis zu kommen. Konnte der HPR einer Maßnahme nicht zustimmen, so wurde die Ablehnung stets ausführlich begründet, darüber entstand Auseinandersetzung, Dialog und schließlich ein Ergebnis auf der Grundlage von kuk – Konsens und Kompromiss.

Ob es in diesem Jahr also

die Dienstplanung und –abrechnung

die Dienstkleidungsordnung

die Personalbemessung

die Anforderungsprofile

die Beurteilungsrichtlinien und der Wegfall der 10,49 Punkte-Regelung

die Neuorganisation des Arbeitswesens

die Personalausstattung im mittleren Verwaltungsdienst und die fehlerhaften Gefangenentlassungen

die Entwicklung des Krankenstands und der Gesundheitsbericht

die Presseattacken gegen die JVA Kassel I

der Rechtsradikalismus im Justizvollzug

die Fortschreibung des Orientierungsrahmens

oder

das Ableisten von Doppelschichten und damit einhergehend der Arbeitsschutz- und die Arbeitssicherheit

waren, der BSBD hat Stellung bezogen, hat für die Bediensteten das Wort ergriffen und hat sich durch Mitarbeit aktiv eingebracht!

Das sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist uns das Wichtigste! Standhaft und beständig, offen und konstruktiv. Das ist der BSBD in Hessen.

Als Vorsitzende des BSBD Hessen sage ich ausdrücklich: wir sind froh, dass Dialog, dass Austausch, dass die im Beamtenrecht verbrieft Pflicht zu Beratung und Unterstützung wieder greifen. Wir freuen uns, dass Diskussion wieder möglich ist dass das Ringen um das bestmögliche Ergebnis wieder geht. Dafür sei heute ein besonderer Dank an Manfred Kräuter gerichtet, der die Fachabteilung hierbei immer wieder verantwortlich vertritt.

In unserem Gespräch am 8. Oktober, fragten Sie, Frau Schröder, danach, was die Menschen im Vollzug umtreibt, warum Unzufriedenheit und Krankenstand so hoch sind. Ich will versuchen, Ihnen hier und heute eine von etlichen Antwortmöglichkeiten darauf zu entwerfen:

Die Besonderheit der Arbeitsplätze im Vollzug ist getragen von der Gefährlichkeit zum einen, und von fehlendem Dank bzw. fehlender Wertschätzung und Bestätigung zum anderen. Dabei ist Gefährlichkeit nicht der Gefahr körperlicher Gewalt durch Gefangene allein geschuldet. Es ist eigentlich mehr die Gefahr, belogen und missbraucht zu werden. Es gibt kaum einen Arbeitsplatz, an dem die Gefahr des Belogen Werdens höher ist als im Vollzug. Gefangene zeigen Zweckverhalten, sie wollen gefallen, sie wollen positive Vollzugsentscheidungen erwirken. Oder sie wollen irgendetwas erreichen. Eine persönliche Entwicklung und Auseinandersetzung ist eher selten nachgefragt. Sie müssen aber umgekehrt im Knastgefüge überleben. Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung prägen dieses Gefüge. Sucht ist jeden Tag präsent; die Zahl der psychisch auffälligen Gefangenen steigt beständig. Wer sich den Bediensteten gegenüber öffnet, geht das massive Risiko ein, von Mitgefangenen fertig gemacht zu werden. Und wer gelockert wird, geht wiederum das Risiko ein, Drogen mit einbringen zu müssen. Der Knast ist ein riesiger Markt, ein Markt aller Möglichkeiten und ein Platz für subkulturelle Strukturen. Und er ist im Übrigen ein Tummelfeld für Beschwerdeführer, die nicht in der Lage sind, sich mit sich selbst auseinander zu setzen. Wenn sie nun als Fachabteilung Vorkommnisse hinterfragen und diese Seiten ausblenden, entsteht für ihre Mitarbeiterschaft eine Welt zwischen den Fronten.

Und ich sage es noch einmal, auch wenn ich mich hier wiederhole: Wie oft werden vor Ort unmittelbar zu treffende Entscheidungen gegen Gefangene oder der Versuch, diesen Grenzen aufzuzeigen, heutzutage haarklein analysiert und schließlich aufgehoben, ohne die Konsequenzen zu bedenken? Kolleginnen und Kollegen erleben dies als Entscheidung über ihre Köpfe hinweg, sie fühlen sich zurückgesetzt oder gar brüskiert, ziehen sich schließlich selbst auf die Rolle des Boten einer Entscheidung zurück, entscheiden nicht mehr selbst, lassen entscheiden und werden entschieden. Demotivation und Abwendung folgen. Aus dem Beruf, der Berufung wird schließlich ein Job.

Der Vollzug wird dann von seiner Basis nicht mehr mitgetragen sondern nur noch verwaltet. Quantität geht vor Qualität. Wer sich einsetzt und wer sich auseinandersetzt, schadet sich schlimmstenfalls selbst. Am Ende ist dann noch eine schriftliche Stellungnahme fällig. Besser fährt der, der nichts macht, denn wer nichts macht, macht keine Fehler und wer keine Fehler macht, wird befördert. Aber das sagte ich schon vor 2 Jahren, und letztes Jahr sagte ich das wohl auch.



Der Entscheidungsspielraum bewegt sich – ob nun objektiv oder subjektiv und je nach Stand auf der Hierarchie- bzw. auf der Karriereleiter gegen Null. Die Bediensteten müssen Anordnungen in Empfang nehmen und ausführen, sie haben dagegen extrem geringe Spielräume, um selbst Entscheidungen zu treffen und Initiativen zu ergreifen. Das gilt auch für die Ausgestaltung der Arbeitsabläufe und der Bearbeitungsweisen auf der untersten Ebene, d.h. für ihr tatsächlich zugewiesenes Aufgabenfeld. Die Bediensteten müssen funktionieren und eine Stelle besetzen; in ihrem dienstlichen Einsatz sollen sie jedoch flexibel und vielseitig sein, wobei die dienstliche Verwendung sich weder nach besonderen Begabungen oder nach eigenen Interessen richtet. Sie werden hierhin und dorthin geschickt, wo gerade ein Loch zu stopfen ist. Sogar einfachste Entscheidungen sind den Vorgesetzten vorbehalten. Und da meine ich nicht nur die Aushändigung einer CD an den Gefangenen oder die Überlassung von Geräten im Haftraum. Ich denke an die Auswahl der Hausarbeiter, die Entscheidung über Haftraumkontrollen, Urinkontrollen, Lockerungsentscheidungen und alldergleichen, was schließlich die Präsenz auf der Station bestimmt.

Das gilt gleichermaßen für die Kollegen des Werkdienstes, ich denke dabei an die so genannte „Neu“organisation des Arbeitswesens, abgekürzt Noah genannt. Die im Projekthandbuch beschriebene und angepeilte Organisation der Arbeitsbetriebe, der Entscheidungszuständigkeiten und der Kostenstruktur erschienen mir beim Lesen so alt wie die Arche. Alles schon einmal gesehen, alles schon einmal gelesen oder gar erlebt. Immer schön von oben nach unten verkündet, über alle Köpfe hinweg. Alles wird oben entschieden, sogar die Organisation eines Arbeitsbetriebes. Wurden die Kolleginnen und Kollegen des Werkdienstes schon gefragt, ob Ihnen das Projektergebnis zusagt? Statt neuer Gefangenenarbeitsplätze gibt es neue Kostenstrukturen und viele zu führende Arbeitsnachweisungen. Das Linke-Tasche – Rechte Tasche-Spiel wird auf die Spitze getrieben: das heißt, Will man einen Landesbetrieb gründen, muss man eine positive Einnahmenseite anpeilen, um die Einrichtung eines solchen Betriebs beim Finanzminister durchzusetzen. Der Laie sagt sich: prima, ich schaffe mehr Gefangenenarbeitsplätze in Eigen- und in Unternehmerbetrieben, dann erziele ich höhere Einnahmen. Stimmt so leider nicht: Gefangenenarbeitsplätze kosten Geld, sie sind teurer als die zu erzielenden Einnahmen. So ist das im Justizvollzug. Ahmen wir aber unserem Benchmark-Partner Baden-Württemberg nach – die haben bereits einen Landesbetrieb -, dann werden wir, die Anstalten, zukünftig für die Arbeitsleistung der Gefangenen zahlen. In Baden-Württemberg kostet ein Hausarbeitertag aktuell 30 €. So also entstehen dort Einnahmen für den Landesbetrieb. Zur Einnahmenerhöhung müssen in diesem Geschäftsmodell allerdings zuvor die Ausgabenansätze des Justizvollzugs massiv erhöht werden. Wer das bezahlt? Der Souverän, der Steuerzahler zahlt das, die Anstalten zahlen das. Sensibilisiert frage ich: was hat denn ein landeseigener – d.h. dem Land gehörender - Betrieb von Einnahmen, die zuvor das Land vorfinanzieren und ausgeben musste? Und dafür braucht es wiederum Personal, welches das Ganze in unseren Haushaltsbüchern abbildet, Nachweise auswertet, Rechnungen schreibt, Einnahmen überwacht. Klingt wirklich rentabel, dieses Geschäftsmodell.

Dabei brauchen wir dringend zusätzliche Arbeitsplätze für Gefangene und es ist richtig, dass der Justizvollzug der Arbeit der Gefangenen wieder eine besondere Bedeutung gibt und für die Anstalten wieder Arbeitsleitungen eingesetzt hat. Betrachtet man den vollzuglichen Behandlungskatalog, so sind Arbeitsangebote und ganz besonders die Ausbildungsmaßnahmen im Vollzug tatsächlich die einzigen Qualifikationen, die wir den Gefangenen mitgeben können, um Ihnen tatsächlich eine reale Chance zu eröffnen, sich aus dem Sumpf der Rückfälligkeit nachhaltig zu befreien. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen der Fachabteilung: verzichten Sie bitte auf überflüssige Zahlenjonglage und investieren Sie die Arbeitskraft und die Motivation Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die

Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze für die Gefangenen in den hessischen Vollzugsanstalten.

Aber zurück zu den Kolleginnen und Kollegen auf den Stationen, die Bediensteten in den Werk- und Ausbildungsbetrieben. Sie erleben die Gefangenen am allernächsten und in der ganzen Knastalltäglichkeit, in ihrem Arbeits- und Leistungsvermögen, in ihrer ganzen Selbstpräsentation. Nur allzu oft wundern sie sich dann über getroffene vollzugliche Entscheidungen. Es wird anderswo entschieden. Was bringt's denn noch, wenn ich was sage? Meine Meinung und meine Erfahrung sind nicht gefragt. Die Kolleginnen und Kollegen haben das Gefühl, ob ich meine Arbeit gut mache oder nicht, ist egal; es passiert sowieso nichts.

Und dann die Führungskultur im Vollzug, einhergehend mit nicht nachvollziehbaren Beförderungsentscheidungen. Es wird nach der Wahrnehmung Vieler nicht der Engagierteste befördert, sondern der Anpassungsfähigste, das ist der, der am wenigsten widerspricht.

Dazu kommt ein barscher Umgang miteinander und schließlich unsere Fehlerkultur, der Umgang mit Fehlern und Fehleinschätzungen. Fehler aber sind - arbeitet man mit straffälligen Menschen - nur allzu menschlich. Sie sind alltäglich.

Die Japaner sagen: jeder Fehler ist ein Schatz, d.h. es gilt, aus Fehlern zu lernen, anstatt nach geschehenen Fehlern lediglich zu disziplinieren. Da machen sich schließlich Demotivation und Resignation breit. Druck und Angst sind schließlich der Tod dieses Gefüges – und die Basis eines hohen Krankenstandes.

Resümiere ich, Frau Schröder, so stelle ich fest, dass wir in der Praxis unsere Kolleginnen und Kollegen auf die Rollen reduzieren, gegen die wir uns stets kollektiv verwehren, wenn Presse, Funk und Fernsehen diese Begriffe verwenden:

Wir reduzieren sie auf die Funktion von Wärtern und von Schließern.

Der französische Literat André Guide sagte mal: wer nicht den Mut hat, bekannte Bahnen zu verlassen, wird niemals neue Welten entdecken!

Und genau das brauchen wir im Justizvollzug!

Wir sollten uns verabschieden von unserer starren Organisation, gegründet auf Hierarchie, auf Weisungsbefugnis und Weisungsgebundenheit. Strategisch sollten wir geführt werden, statt jedes Detail bezüglich seiner Ausführung diktiert zu bekommen. Weg von den grünen Tischen – rein in die Auseinandersetzung! Ja, ich sage Auseinandersetzung! Wir brauchen eine neue Führungskultur im hessischen Justizvollzug. Nicht nur konzipieren – Papier ist ja bekanntermaßen geduldig, Schubladen auch – sondern Gestaltungsspielraum geben, ernsthaft und authentisch. Warum nicht die Bediensteten auf allen Ebenen mit all ihrem Wissen und Engagement abholen und einbeziehen? Warum nicht die Arbeitsplätze so gestalten, dass sich die Kolleginnen und Kollegen mit all ihrer Fachlichkeit entfalten können, sich einbringen, beraten, unterstützen, entscheiden und überzeugt vertreten...? Stärken stärken, Schwächen schwächen. Der Vollzug muss wieder von seiner Basis getragen werden. Und die Leitung darf zeigen, dass sie hinter den Bediensteten steht. Wir brauchen Rückendeckung. Hier, sehr geehrte Frau Schröder, hier können wir gut ansetzen.

Eigentlich brauchen wir mal so etwas wie ein Jahr des Vollzugs, ein Jahr, in dem wir mal nur unsere Kernaufgaben anschauen. Wie erledigen wir die? Wer ist beteiligt, wer entscheidet? Wer vertritt die Entscheidung gegenüber den Gefangenen? Geht das vielleicht auch anders als bisher? Was können wir im Vollzug tatsächlich wirken im Sinne von Sozialisierung und Resozialisierung? Und wie erreichen wir schließlich Sicherheit?

Wie kommunizieren wir? Wie reden wir miteinander? Wie informieren wir uns und wie streiten wir? Wie können wir denn Entscheidungen herbeiführen, die das Team tatsächlich trägt, und sich für die Umsetzung einsetzt und stark macht?

Danach, sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten wir eigentlich unsere Organisation ausrichten.

All das fordert große Ausdauer, viel Geduld im Umgang miteinander und Beharrlichkeit. Es ist im Übrigen kein spezielles hessisches Problem. Es ist eigentlich ein vollzugstypisches Problem, es ist bundesweit anzutreffen. Ihre Fachabteilung hat uns im Gesundheitsbericht 2012 auf eine Hamburger Studie und das Ergebnis der dortigen Mitarbeiterbefragung aufmerksam gemacht. Deshalb, sehr geehrte Frau Schröder, überreiche ich Ihnen heute im Nachgang zu Ihrem Gesundheitsbericht 2012 -



einen Ausdruck des Wortprotokolls der im Februar 2012 durchgeführten öffentlichen Anhörung in der Hamburger Bürgerschaft zum Arbeitsklima und zum hohen Krankenstand im Hamburger Strafvollzug. Es handelt sich nicht um eine Stadtstaatspezielle Angelegenheit. Es ist – ich sagte es bereits - ein bundesweites Thema. Der Justizvollzug mit seiner Organisation und Arbeitsweise wurde aus unserer Sicht sehr, sehr treffend durch die für die Stadt Hamburg tätigen Professoren beschrieben.



Nach unserem Gespräch am 8. Oktober hatten Sie sich ein Hoffnungslicht gewünscht. Wir haben lange gesucht und in der Arbeitstherapie der JVA Weiterstadt haben wir ein ganz Passendes gefunden. Lassen wir also mal Schmetterlinge

fliegen, warum eigentlich nicht. Und Hessen darf gerne Vorreiter beim Gegensteuern werden.

Und eins, sehr verehrte Frau Schröder, kann ich Ihnen garantieren: sie werden den Vollzug nicht ohne Fehler und Scheitern erleben. Wir betreuen Menschen und wir sind Menschen, deshalb ist das Risiko einer Fehlentscheidung hoch. Wir sind keine Akten, wir sind keine Vorgänge und wir lassen uns nicht auf die Bewertung „besetzte Stelle“ reduzieren. Wir schauen den Gefangenen nur bis vor die Stirn und unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit hilft allein Wegsperrern nicht. Deshalb werden Sie als neue Abteilungsleiterin der Abteilung Justizvollzug immer wieder gefordert sein, Krisenmanagement und Fehlermanagement zu betreiben. Wir wünschen Ihnen dafür sehr viel Kraft.

Aber da sind auch die Politikerinnen und Politiker in ihrer Verantwortung gefragt. Reduzieren Sie uns bitte nicht auf die Rolle des Sägezahns am Stuhl des jeweiligen Ministers. Wer immer von Ihnen, sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete in der 19. Legislaturperiode in der Verantwortung für den Justizvollzug stehen wird! Wir haben unserem jetzigen Minister für heute ein Staffelholz mitgebracht.



Wem immer Herr Staatsminister Hahn dieses Staffelholz nun weitergeben darf oder muss. Denken Sie bei aller politischer Auseinandersetzung über besondere Vorkommnisse im Justizvollzug bitte zukünftig daran, sie könnten sich bei den gegenwärtigen hessischen Verhältnissen, alsbald auf der anderen Seite des Regierungstisches wiederfinden.

Unser Ehrenvorsitzender Heinz-Dieter Hessler hat uns stets den Spruch mitgegeben: wer keine Ziele hat, der kann auch keine erreichen!

Dafür treten wir als BSBD Hessen ein und deshalb formulieren wir unsere Ziele in allen Gesprächen mit Politik, Ministeriums- und Abteilungsspitze.

Wir kämpfen dafür, dass alle Vollzugsbediensteten aller Laufbahnen in einem Arbeitsumfeld arbeiten können, in dem sie sich mit all ihrem Fachverstand einbringen können, handeln und ihr Tun verantworten können.

Es ist ziemlich egal, wer irgendetwas unterschreibt: wichtig ist, dass Entscheidungen gemeinsam getroffen und gemeinsam getragen und gemeinsam umgesetzt werden. Statt Führung per Order von oben brauchen wir wirkliche Teamentwicklung im Justizvollzug.

Vorgesetzte müssen als Vorbild erlebbar sein, die führen, die konfliktfähig sind, Mitarbeiter/innen in ihren Stärken und Schwächen begreifen, fordern und fördern. Wer von uns ohne Fehler ist, der werfe den ersten Stein.

Wir brauchen deshalb hierzu ein gutes Führungskräfteentwicklungskonzept, denn auch Führungskräfte werden in der Regel nicht als solche geboren, sondern sie wachsen in diese Aufgabe hinein. Führungskräfte brauchen Unterstützung, sie brauchen Auseinandersetzung mit dem eigenen Vorgehen, Feedback und Selbstreflexion; Fachwissen allein trägt nicht, das Herunterbeten von Beamtenpflichten und das Drohen mit dem Disziplinargesetz greifen schon gar nicht.

Wir brauchen eine Dienstplanung, die Planbarkeit und Verlässlichkeit stiftet, die Zeit für Familie und Freunde, für Freizeit und Ausgleich gibt. Ruhetage müssen eingehalten werden können. Und Doppelschichten müssen tabu sein. Wer kann das aus der Perspektive von Arbeitssicherheit und

Arbeitsschutz verantworten, und wer will es verantworten, wenn in einer solchen Situation auch noch etwas passiert?

Liebe Politiker, liebe Politikerinnen, wir brauchen deshalb eine Wochenarbeitszeit, die händelbar ist und uns wieder handlungsfähig macht. Wir brauchen die 40 Stunden-Woche, weil der Tag 24 Stunden hat und sich wunderbar in 3 Schichten aufteilen lässt. Nochmal und nochmal und nochmal unser Appell an Sie:

Hessen darf nicht das einzige Land bleiben, in der die 42-Stundenwoche für die Beamtenschaft gilt.

Und wir können auch nicht akzeptieren, dass Sie sich mit angeblichen Mehrkosten für dann notwendige Stellenaufstockungen im öffentlichen Dienst herausreden. Wenn sie nicht wissen, wie sie die Arbeitszeitreduzierung realisieren können, dann fahren sie bitte nach Bayern oder nach Thüringen, die machen es Ihnen, liebe Politiker und Politikerinnen, gerade vor. Dort geht es auf eine 40-Stundenwoche zurück.

Und wenn Sie kein Geld für Stellenaufstockungen haben – es holt uns hier das Stichwort der Schuldenbremse immer wieder ein- , dann bleibt als Alternative noch die Aufgabenkritik. Dann muss darüber entschieden werden, was mit dem zugestandenen Personal noch gestemmt werden kann. Wir hessischen Beamtinnen und Beamten fordern im 10. Jahr der Operation „Düstere Zukunft“ zu Recht die Absenkung unserer Wochenarbeitszeit, sehr verehrte Damen und Herren!

Wir brauchen im hessischen Justizvollzug eine Personalbemessung, die den tatsächlichen Personalbedarf zur Besetzung aller Funktionen ausweist. Wir können es nicht hinnehmen, dass Dienstposten im Tagesgeschäft immer wieder unbesetzt bleiben, Azubis die freien Positionen ersetzen müssen. Berechnungsfehler in der Personalbemessung müssen endlich bereinigt und Feiertage müssen berücksichtigt werden.

Außerdem fordern wir sie auch in diesem Jahr wieder auf, endlich die Belegungsfähigkeit der Anstalten in der Vollzugsstatistik zu korrigieren. Die alten Zahlen müssen endlich raus, gelöscht müssen sie werden – im Jahr 4 des Hessischen Strafvollzugsgesetzes ganz besonders aber aus den Köpfen. Finanzminister und Rechnungshof glauben immer noch, es gäbe im Vollzug fast 1000 freie Haftplätze, weg mit dem Personal! Und unser Justizminister glaubt dies offensichtlich auch, folgt man seinen Personalreduzierungsplänen. Nochmal und nochmal und nochmal: Der Personalbedarf richtet sich nicht nur nach der Gefangenenzahl oder der Belegungsfähigkeit; er richtet sich nach der Architektur einer Anstalt und nach ihrem Auftrag, nach der Zahl der Stationen und schließlich nach der Gefangenenbewegung und der Gefangenenfluktuation. Deshalb erledigen sie diese Aufgabe, sie ist überfällig, - die Überarbeitung des hessischen Vollstreckungsplans im Übrigen auch.

Wir brauchen eine Einarbeitung und eine Ausbildungszeit, in der unser Vollzugsnachwuchs qualifiziert wird und Qualifikation im Vordergrund steht. Wir brauchen einen Ausbildungsverlauf, der dies umsetzt und Lehr- und Stoffpläne, die das Tätigkeitsfeld widerspiegeln. Die fachtheoretische Ausbildung muss wieder auf 7 Monate angehoben werden, um für unsere Auszubildenden ein einheitliches und fundiertes Fachwissen zu garantieren. Anwärterinnen und Anwärter sind jedenfalls nicht dafür da, unsere Personallöcher zu stopfen und unsere Dienstpläne zu garantieren, sehr verehrte Damen und Herren.

Wir brauchen Zeit für die Auseinandersetzung mit den Gefangenen, mit ihrer Persönlichkeit, den Lebensumständen, den Entwicklungsdefiziten und deren strafbaren Verhalten. Wir müssen der

Subkultur, den Beziehungsgeflechten, den Abhängigkeiten nachspüren. Wenn wir damit nicht aufwarten können, weil uns jegliche Dokumentation zwischen Aktendeckeln weiterhin so viel wichtiger ist, dann geben wir der Subkultur Handlungsspielräume ohnegleichen, fördern Gewalt, fördern Unterdrückung. Sogar Rechtsradikalismus im Vollzug ist schließlich möglich.

Und damit kommen wir schon wieder auf die JVA Hünfeld zu sprechen – kein Gewerkschaftstag des BSBD Hessen ohne einen Schwenk dorthin. Warum fallen Rechtsradikale so wenig auf im Vollzug? Weil sie funktionieren, deshalb! Und warum gefällt uns das Funktionieren? Weil wir zu wenig Personal haben. Und in Hünfeld haben wir das gut ausgebildete Fachpersonal zusätzlich reduziert. Es bleibt deshalb unsere Forderung, hoheitsrechtliche Aufgaben in beamteten Händen zu lassen. Das Aufgabensplitting in hoheitlich und angeblich nicht hoheitlich führt schließlich dazu, dass zusätzliche Aufgaben - wie beispielsweise die im Vollzug mittlerweile ausufernden Ausführungen und Krankenhausüberwachungen - viel zu oft zu Handlungsengpässen in der gesamten Justizvollzugsanstalt führen. Nein, die Steep-Mitarbeiter in der JVA Hünfeld dürfen diese Aufgaben nicht wahrnehmen, wir brauchen, wenn es mit Gefangenen nach draußen geht, voll handlungsfähiges Personal, sehr verehrte Damen und Herren.

Und es bleibt die BSBD-Forderung, den Stellenkegel für den AVD in der JVA Hünfeld, solange es dort Teilprivatisierung und Aufgabenauslagerung gibt, an diese Realität anzupassen und ihn, wie es uns das Gesetz vorgibt, endlich anzuheben. Wenn einfache, angeblich nicht hoheitliche Aufgaben ausgegliedert werden, sind als logische Konsequenz die verbleibenden Aufgaben als insgesamt höherwertig zu beschreiben. Dann ist es ein Gebot der Fairness und der Fürsorge, die Bediensteten dort auch entsprechend ihrer Aufgaben zu besolden. Jedenfalls meint das das Hessische Besoldungsgesetz. Es gilt der Grundsatz der funktionsgerechten Besoldung, sehr verehrte Damen und Herren.

Und wenn ich schon bei der Bezahlung bin:

Wir fordern die Anhebung der Vollzugszulage auf das Niveau der Polizeidienstzulage; wir erfüllen die Vorgabe der Polizeidienstzulage, auch wir müssen in schwierigen Situationen unter psychischer und physischer Belastung schnell und verantwortlich möglicherweise einschneidende Maßnahmen treffen. So, verehrte Politikerinnen und Politiker, ist der Alltag in den Justizvollzugsanstalten. Und das besondere ist, dass wir diese Auseinandersetzung konzentriert erleben. Denn wir beherbergen diejenigen, die die Polizei vorher irgendwann irgendwo eingesammelt hat.

Und es wird allerhöchste Zeit, dass Sie endlich die Erschwerniszulagenverordnung anpacken und die Vergütungssätze für den Dienst zu ungünstigen Zeiten deutlich anheben und sie damit zeitgemäß vergüten. Aktuell ruhen sie sich – als Gesetzgeber, liebe Abgeordnete - auf einem Bundesverordnungsstand von 2006 aus. Sie vergessen dabei, dass es die Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug – aber auch bei Polizei und Feuerwehr – sind, die jeden Tag, 24 Stunden lang und 7 Tage pro Woche ihren Kopf dafür hinhalten, dass Sie sich sicher fühlen dürfen.

Wenn Sie das schwierige Aufgabenfeld des Justizvollzugs tatsächlich mit Anerkennung und Dank versehen wollen, wie wir es sicher parteiübergreifend in all Ihren Grußworten hören werden, dann heben sie bitte diese Zulagen umgehend an! Das ist dann tatsächlich eine angemessene Honorierung für den täglichen Einsatz in unserem wahrhaftig schwierigen Aufgabenfeld!

Auch die europäisch verkündete Gleichwertigkeit von Bachelor und Meisterabschluss wartet auf Umsetzung durch Sie. Die öffentliche Verwaltung gibt sich gegenüber der EU-Richtlinie jedoch eher verschlossen. Als BSBD fordern wir für unsere Kolleginnen und Kollegen des Werkdienstes die Anhebung des Eingangsamtes wenigstens um eine Besoldungsgruppe und die Anhebung der so genannten Meisterzulage. Liebe Landtagsabgeordnete, liebe Politikerinnen und Politiker, der öffentliche Dienst muss handlungsfähig und er muss konkurrenzfähig bleiben. Bitte stellen Sie sich dieser Verantwortung!

Über all das setzt der BSBD Hessen aber die Ausgestaltung des Arbeitsfeldes; was nutzt jegliche Bezahlung, wenn der Arbeitsplatz aufgrund seiner Grundstruktur nicht eine gewisse Arbeitszufriedenheit stiftet, stattdessen demotiviert und schlimmstenfalls krank macht.

Wie also wollen wir künftig zusammenarbeiten? Wie wollen wir miteinander umgehen? Miteinander reden, entscheiden? Wie gestalten wir Konflikte – insbesondere in der Steuerung der daraus resultierenden Konsequenzen?

Liebe Frau Schröder, sehr verehrte Landtagsabgeordnete, liebe Kollegen der Fachabteilung, werte Anstaltsleiter, das sind die Herausforderungen der nächsten Jahre, wenn wir im Vollzug noch etwas bewegen wollen.

Der BSBD Hessen hat in den vergangenen 55 Jahren seiner Geschichte bewiesen, dass er sich immer wieder zum Wohl der Kolleginnen und Kollegen einbringt. KuK – konsensorientiert und kompromissbereit – mit dem Ziel, das Arbeitsfeld Justizvollzug so zu gestalten, dass die Kolleginnen und Kollegen, diese Aufgabe stemmen und bewältigen können. Steter Tropfen höhlt den Stein, sagen wir; beständig und ausdauernd handeln wir. Und das gilt nun auch für die kommenden 4 Jahre in der Verantwortung des heute zu wählenden neuen Landesvorstands.

Was bleibt nun am Ende einer Legislaturperiode?

Es bleibt der Abschied von verdienten und sehr engagierten Mitgliedern des scheidenden Landesvorstands; von den Mitgliedern, die heute Nachmittag nicht mehr kandidieren werden.

Das sind die Kollegen **Helmut Keil** und **Hermann Beinroth** sowie der **Kollege Friedhelm Förster**, der aus gesundheitlichen Gründen nicht an diesem Gewerkschaftstag teilnehmen kann, der Sie und Euch alle aber ganz herzlich grüßt.

Friedhelm Förster hat die Kassenführung 2004 von dem damals ausscheidenden Kollegen Baldner übernommen. Jeder, der Kassenführung in Vereinen und Verbänden kennt, weiß um Arbeitsumfang und Verantwortung. Das sind Stunden in der Freizeit, im Dienst bleibt hierfür weder Zeit noch Konzentration. Friedhelm hat sich über Jahre dieser Verantwortung gestellt, hat die Umgestaltung des Beitragseinzugs gestemmt, hat das Geld unserer Gewerkschaft verwaltet, so dass die Finanzierung unserer Gewerkschaftsarbeit stets auf soliden Füßen stand. Dafür gebührt ihm ein ganz besonderer Dank. Wir werden Friedhelm, sobald er aus seiner stationären Behandlung wieder zurück ist, nochmals im Kreis des Landesvorstands entsprechend verabschieden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute gehen darüber hinaus zwei BSBD-Urgesteine von der Bühne: Helmut Keil und Hermann Beinroth.

Helmut Keil ist seit 1992 für den BSBD in Schwalmstadt aktiv; 18 Jahre war er Vorsitzender des Ortsverbands, war genauso lang für den BSBD im Personalrat, und davon wiederum 11 Jahre als Personalratsvorsitzender. Er war aber auch immer wieder Frontmann in der Auseinandersetzung zu unserer Konkurrenzgewerkschaft Ver.di und hat dort stets Flagge gezeigt für den BSBD. Die Mitgliederstärke wuchs in seiner Amtszeit von 106 auf 147 Mitglieder an. Helmut war aber auch als DBB-Kreisvorsitzender aktiv und hat die Zusammenarbeit der DBB-Verbände in der Schwalm aktiv gefördert.

Im HPR war Helmut fast 9 Jahre aktiv, sein besonderes Engagement galt dem Prüfungsausschuss zur Gewinnung von Nachwuchskräften für den Allgemeinen Vollzugsdienst. Und schließlich sein Engagement für den Landesverband: bereits 2001 wurde er zum Fachgruppenvertreter für den Allgemeinen Vollzugsdienst gewählt, seit 2009 gehört als einer der 3 stellvertretenden Vorsitzenden unserem BSBD-Landesvorstand an.

Für all Dein Engagement, für Deine Ausdauer, Deine Beharrlichkeit gilt Dir, lieber Helmut, ganz besonderer Dank. Helmut ist und war ein Kümmerer, der sich nicht geschont hat, der sich einsetzte für die Belange seiner Kolleginnen und Kollegen in der JVA Schwalmstadt. Er war aber auch einmal so mutig, gegen Dieter Hessler als Kandidat für den Landesvorsitz anzutreten. Er unterlag in diesem Wahlgang, liebe Kolleginnen und Kollegen. Helmut Keil trat für seine Überzeugungen ein.

Seiner Anstalt ist er aber auch durch seine besondere Nähe zwischen Dienstwohnung und Anstaltszaun in ganz außergewöhnlicher Weise verbunden, es gibt kaum einen Kollegen in Hessen, der dem Vollzug faktisch und rund um die Uhr so nahe ist wie Helmut Keil.



Und es gibt aber auch kaum einen, der nach Eintritt in den wohlverdienten Ruhestand im kommenden Mai soweit wegziehen wird, wie Helmut. Mit seiner Frau wird er in deren Heimat, auf die Philippinen übersiedeln, sozusagen auf die andere Seite des Globus.

Lieber Helmut, der BSBD Hessen dankt Dir für all Deinen Einsatz über die vielen zurückliegenden Jahre. Wir wissen, was Du für uns geleistet hast,

und wir wissen um Dein Herzblut, dass du für den BSBD Hessen und für alle Kolleginnen und Kollegen gegeben hast. Du ziehst davon; eigentlich wollten wir dir einen Stein in deinen neuen Garten – sozusagen – hinterher werfen. Die waren aber bei näherer Betrachtung im Baumarkt faktisch zu schwer. Und wir wollen ja beim Umzug nicht zur Bürde werden. Wir haben uns deshalb für etwas klassisch Deutsches entschieden: ein Vogelhäuschen – als Gruß für Dich aus Deiner Heimat. Behalte uns bitte in guter Erinnerung. Wir wünschen Deiner Frau und Dir alles erdenklich Gute in der neuen bzw. alten Heimat. Kommt dort gut an und habt dort eine wunderbare Zeit miteinander. Vielen, vielen Dank für alles!

Und jetzt zu Hermann Beinroth aus dem Ortsverband Butzbach, unserem größten Ortsverband. Lieber Hermann, auch Du schaust auf viele aktive Jahre für den BSBD und für die Personalvertretung

zurück. 10 Jahre Ortsverbandsvorsitzender, 10 Jahre Personalratsvorsitzender, 8 Jahre Hauptpersonalrat und jetzt wiederum genauso lang im Landesvorstand als stellvertretender Landesvorsitzender – zuerst für den AVD und dann für den Rechtsschutz. Auch wenn Du noch rund 2 Jahre aktive Dienstzeit vor Dir hast, war es Dir wichtig, nicht mehr zu kandidieren für die Gremien, um die Verantwortung rechtzeitig in die Hände der jüngeren Kollegen und Kolleginnen zu legen. Das war und ist Dir ein Anliegen und du bist stets bereit, diese auch aus der zweiten Reihe tatkräftig und verantwortlich zu unterstützen. Du, Hermann, stehst für mich für die Suche nach dem Ausgleich, der Brücke, dem Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Kräften und Interessen im Vollzug, zwischen den Kolleginnen und Kollegen und der Anstaltsleitung. Ich weiß, dass Du hierfür sozusagen Dein Herzblut gegeben hast, dass es dich aber auch in deinen Kräften gefordert hat. Aber dieser Einsatz war Dir wichtig. Du hast Dich schließlich zurückgenommen in dem ganzen Vertrauen und in dem Wissen, dass Deine Nachfolger und Nachfolgerinnen diese Aufgaben ganz verantwortlich und engagiert fortführen werden. Das, finde ich, ist auch eine ganz besondere Stärke an Dir.

Unsere Begegnung lebte aber auch immer von der gegenseitigen Unterstützung, Gott sei Dank hatten wir nie gleichzeitig unsere eher schlechten Phasen. Ich erinnere mich an viele Telefonate, in denen wir einander zuhörten. Es war Dir ein Anliegen, mir dann ein Lächeln in mein Gesicht zu zaubern. Ich versuche heute, mich dafür zu revanchieren.

Lieber Hermann, auch Dir von Herzen vielen, vielen Dank für Dein Engagement und Deinen Einsatz für den BSBD Hessen.



Wir werden Euch beide vermissen.

Heute werden wir aber auch bei den Fachgruppenvertretern schon dadurch Wechsel haben, dass die Kollegen sich nicht mehr zur Wahl stellen werden.

Das sind Bernd Maus aus dem VCC Frankfurt, der 8 Jahre Fachgruppenvertreter für den Werkdienst war und nicht wieder kandidieren wird. Bernd machte sich ganz besonders für die Gleichwertigkeit von Bachelor und Meisterausbildung stark.

Und es ist Jörg-Uwe Linke, der zuletzt Fachgruppenvertreter für die Laufbahngruppe des höheren Dienstes war. Es ließ sich für mich nicht recherchieren, wie lange Jörg- Uwe Linke als Fachgruppenvertreter im BSBD Hessen aktiv war. Der Stuhl des Fachgruppenvertreter für den psychologischen Dienst – den wir bis zur Satzungsreform 2009 hatten, war nur mit einer Person besetzt: mit dem Kollegen Linke.

Wir hätten ihn heute sehr, sehr gerne persönlich hier verabschiedet, aber er hat mir bereits bei seiner Verabschiedung als Anstaltsleiter der JVA Butzbach im August erklärt, dass er aus gesundheitlichen Gründen nicht beim Gewerkschaftstag dabei sein kann.

Wir wünschen ihm von hier alles erdenklich Gute für seinen Ruhestand, möge er trotz seiner gesundheitlichen Einschränkungen noch viele gute Jahre mit seiner Familie erleben und seinen Ruhestand genießen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war meine letzte Rede in der heute auslaufenden Wahlperiode. Heute Nachmittag werden wir einem neuen Landesvorstand die Verantwortung für unsere Gewerkschaftsarbeit übertragen. Ich gestehe vorab: ich beabsichtige, mich erneut um das Amt der Vorsitzenden des BSBD Hessen zu bewerben.

Die letzten vier Jahre waren für mich sehr intensive, sehr fordernde und sehr herausfordernde Jahre, mit Sprüngen, mit großen Konflikten und großen Erfolgen, mit viel Begegnung und viel Auseinandersetzung, Austausch und dem Ringen um das bestmögliche Ergebnis. KuK – Konsens und Kompromiss. Und im Hauptamt nun so gestellt, dass ich mich zum ersten Mal wirklich ungeteilt und intensiv mit den unterschiedlichen Themenfeldern, die der Vollzug zu bieten hat, befassen und präzise Stellung beziehen kann – dem HPR und allen Kolleginnen und Kollegen gegenüber verantwortlich – aber nicht mehr klassisch weisungsgebunden. Für mich ein wahrhaftiger Segen. Ich setze mich nun mit all meiner Leidenschaft und mit all meinem Fachverstand für die Kolleginnen und Kollegen des Justizvollzugs ein. Ich habe in den vergangenen vier Jahren sehr viel gelernt, habe Standfestigkeit und Konfliktfähigkeit trainiert, aber auch Kompromisse erzielt.

Es war und ist mir aber auch ein Anliegen, der im Beamtenrecht verbrieften Pflicht, Vorgesetzte zu beraten und zu unterstützen, mit all meinem Fachverstand und mit ganzem persönlichen Einsatz nachzukommen – zum Wohle aller im hessischen Justizvollzug arbeitenden Kolleginnen und Kollegen.

Gute Gewerkschaftsarbeit gelingt – und das betone ich - nur gemeinsam. Ich möchte Euch allen ganz, ganz herzlich danken für alle Zusammenarbeit, jeglichen Austausch, Euren Einsatz in den Ortsverbänden, d.h.: in der ersten Reihe! Sich über alle beruflichen Herausforderungen hinaus für unsere Gewerkschaft einzusetzen, das Wort für die Kolleginnen und Kollegen zu ergreifen, sich stark zu machen für deren Interessen, den Kopf hinzuhalten bei Meinungsverschiedenheiten, obwohl wir dafür eigentlich keine gute Kultur haben, verdient große Anerkennung, jegliche Unterstützung und ausdrücklichen Dank an Euch!

Ja, durch Beständigkeit, Offenheit, Standhaftigkeit, Zielstrebigkeit, Geduld und Mut, auch zum Kompromiss, lässt Manches sich doch bewegen. Nicht immer klassische Tugenden einer Gewerkschaft, aber – wie sagte ich bereits vorhin: „Steter Tropfen höhlt den Stein.“ Vielen Dank.